

INFOTICKER

Nr. 30 | 13.09.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 www.cdu-fraktion-brandenburg.de



ABGELEHNT! DIE ROT-ROTE MEHRHEIT IM BRANDENBURGER PARLAMENT LEHNT DEN CDU-ANTRAG „SICHER LEBEN IN BRANDENBURG – POLIZEIWACHEN ERHALTEN“ AB

AKTUELL AUS DEM LANDTAG

Über insgesamt 11 Gesetzentwürfe und 13 Fraktionsanträge hatten die 88 Abgeordneten des Landtags Brandenburg in ihren letzten beiden Sitzungen zu entscheiden.



EINHEITLICHES DEUTSCHLAND-ABITUR

Die CDU-Fraktion setzt sich seit Jahren für ein bundesweit einheitlich geltendes Abitur ein. „Der Vorteil gemeinsamer Abschlussprüfungen liegt klar auf der Hand: Die schulischen Leistungen werden bundesweit vergleichbarer und Abiturprüfungen mit gemeinsamen Inhalten und Standards sind gerechter“, argumentierte unser Bildungspolitischer Sprecher Gordon Hoffmann vor den Abgeordneten im Landtag. Wissenschaftliche Untersuchungen wie

die PISA-Studie belegten außerdem einen positiven Zusammenhang zwischen zentralen Prüfungen und guten Leistungen. Auch für Eltern und Schüler wäre der Schritt zu bundesweit einheitlichen Abiturprüfungen und inhaltlichen Lernstandards eine große Erleichterung. Schließlich werden die Unterschiede zwischen den Lehrplänen der einzelnen Bundesländer gerade bei einem Umzug über die Landesgrenze hinaus überdeutlich. Immer wieder fordern deshalb Eltern die Einführung einheitlicher

Prüfungen und Lehrpläne.

Das Parlament sollte nun den Bildungsminister auffordern, sich weiter für ein „Deutschlandabitur“ einzusetzen, und den Abgeordneten über seine Aktivitäten Bericht zu erstatten. Eine klare rot-rote Mehrheit der Abgeordneten lehnte den CDU-Antrag ab.

MITTELWEITERGABE AN LANDKREISE UND STÄDTE

Gleichfalls lehnte die rot-rote Mehrheit auch einen Antrag unserer Fraktion ab, Mehreinnahmen an die Landkreise und kreisfreien Städte weiterzureichen, um den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum zu unterstützen. Das Land Brandenburg erhält in diesem Jahr insgesamt rund sechs Millionen Euro mehr vom Bund. Eigentlich sollte ein Teil dieses Geldes, so hatte es die rot-rote Landesregierung vor wenigen Monaten selbst beschlossen, an die Landkreise und kreisfreien Städte weitergereicht werden, um den öffentlichen Personennahverkehr, vor allem Busse und Straßenbahnen, zu finanzieren. Die zusätzlich vom Bund bereitgestellten Mittel sollten für den Ausgleich von Mehrkosten im Energiebereich sowie

zusätzliche Aufwendungen für Umwelt und Sicherheitsaspekte eingesetzt werden. Doch davon will Rot-Rot nun nichts mehr wissen. Das Geld werde aufgrund „der bekannten Rahmenbedingungen“ nicht weitergereicht, hieß es auf eine CDU-Anfrage kurz und knapp.

Welche hinderlichen Rahmenbedingungen dies sein sollen, ließ der zuständige Verkehrsminister im Parlament offen.

Unser Verkehrs- und Infrastrukturpolitischer Sprecher Rainer Genilke vermutet eine ganz andere Begründung für die mögliche Kehrtwende der Landesregierung: „Es könnte möglich sein, dass eine ähnliche Geldsumme von tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst eingesetzt werden soll.“

Will die Landesregierung hier also auf Kosten unserer Bürger im ländlichen Raum, die auf Busse und Bahn dringend angewiesen sind, einsparen?

Klar ist, dass den Landkreisen und kreisfreien Städten nun Geld fehlt, das ihnen von der Landesregierung nur wenige Monate zuvor fest zugesagt wurde.

„Die Folgen der Entscheidung treffen dort, wo die Menschen bereits große Entbehrungen hinnehmen müssen, nämlich in den ländlichen Regionen unseres Landes. Für die Gewährleistung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche ist jeder fehlende Euro ein Schlag ins Gesicht der dort lebenden Menschen“, warnte unser Sprecher für den ländlichen Raum, Björn Lakenmacher.

WAHLRECHT AB 16 JAHREN

Unter anderem wurde auch darüber diskutiert, das Mindestwahlalter

bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herab zusetzen. Anliegen sei es, mit der Gesetzesänderung „die Rechte von Jugendlichen bei der politischen



Unser Uckermärker Abgeordneter Henryk Wichmann (r.) übergab 10.041 Unterschriften, mit denen Bürger aus seiner Region gegen die mögliche Polizeiwachenschließung in Templin und Gransee protestieren, an SPD-Innenminister Rainer Speeer.



Björn Lakenmacher, erstmals Abgeordneter im Brandenburger Landtag und CDU-Fraktionssprecher für den Ländlichen Raum, hielt seine erste Rede im Parlament.

Willensbildung vor Ort zu stärken“, so eine Abgeordnete. Vor der Herabsetzung des Wahlrechtsalters warnte dagegen unser Abgeordneter Björn Lakenmacher. Das Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen garantiere nicht automatisch eine aktive Teilhabe am politisch-gesellschaftlichen Geschehen. Um Jugendliche zu mehr politischem Mitwirken zu bewegen, müsse dagegen die Reform der politischen Bildung im Land Brandenburg erfolgen.

„Eine frühe politische Bildung ist das Fundament einer Erziehung im Interesse am Gemeinwesen und an den politischen Geschehnissen im Land“, begründete Lakenmacher. Offen bliebe außerdem die Antwort auf die Frage, warum das Wahlrecht ab 16 Jahren nur bei den Kommunalwahlen, aber nicht bei Landtags- und Bundestagswahlen gelten solle.

„Kommunalwahlen dürfen nicht per Gesetz geringer bewertet werden“, sagte Lakenmacher. Weiterhin sei die Aufsplitterung des aktiven und passiven Wahlrechts ab 16 Jahren unzulässig. „Es kann nicht sein, dass es einem jungen Menschen ab 16 zwar erlaubt sein soll zu wählen, er aber nicht selbst gewählt werden darf“, argumentierte der Abgeordnete und plädierte deshalb im Namen der CDU-Landtagsfraktion für die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Die Mehrheit der Abgeordneten entschied jedoch, den Entwurf an die drei Ausschüsse für Bildung, Jugend und Sport sowie Innen und Recht zu überweisen und dort erneut zu diskutieren. cs

ABGELEHNT!

MEHRHEIT IM PARLAMENT IST GEGEN DEN CDU-ANTRAG „SICHER LEBEN IN BRANDENBURG – POLIZEIWACHEN ERHALTEN“

Zur Abstimmung lag in der vergangenen Landtagssitzung der Antrag unserer CDU-Fraktion „Sicher leben in Brandenburg-Polizeiwachen erhalten“ und das damit verbundene Polizeikonzept vor.

„Wir schlagen vor, dass in jedem Jahr mindestens 200 Anwärter bei der Polizei eingestellt werden. Wir wollen, dass die Polizeiwachen im Land Brandenburg erhalten bleiben. Wir wollen, dass der Wach- und Wechseldienst, also das personelle Rückgrat der Polizeiarbeit, um 100 Beamte gestärkt wird. Brandenburger Bürgerinnen und Bürger sollen die Hilfe der Polizei bekommen, wenn sie diese vor Ort benötigen“, begründete unser Innenpolitischer Sprecher Sven Petke das Polizeikonzept im Parlament. Gleichwohl, betonte der CDU-Innenexperte, gebe es unter anderem Übereinstimmungen mit der Kommission der Landesregierung, was die Anzahl der Polizeipräsidien und -direktionen sowie weitere Punkte betrifft. Während die CDU-Landtagsfraktion also nach Übereinstimmungen sucht, ist die rot-rote Landesregierung zu einer Annäherung an unsere Vorschläge nicht bereit. „Alles Schnee von gestern“, kommentierte die SPD-Abgeordnete Britta Stark lapidar.

Diese Abgeordneten stimmten gegen den Antrag „Sicher leben in Brandenburg – POLIZEIWACHEN ERHALTEN“:

SPD

Alter, Elisabeth (Amt Odervorland, Beeskow, Briesen, Fürstenwalde, Grünheide, Rietz-Neuendorf, Steinhöfel)

Baaske, Günter (Gemeinden Seddiner See, Beelitz, Treuenbrietzen, Wiesenburg, Niemegek, Brück und Belzig)

Baer, Detlef (Stadt Frankfurt/Oder)

Bischoff, Mike (Amt Gartz/Oder, das Amt Oder-Welse und die Stadt Schwedt/Oder mit ihren Ortsteilen Criewen, Heinersdorf, Stendell, Vierraden, Zützen sowie Gatow, Hohenfelde, Kunow, Kummerow, Blumenhagen)

Folgart, Udo (Nauen und Ketzin, die Gemeinden Brieselang und Wustermark sowie die Ämter Friesack und Nennhausen)

Fritsch, Gunter (Stadt Erkner, die Gemeinden Hoppegarten, Neuenhagen bei Berlin, Schöneiche bei Berlin und Woltersdorf)

Gregor-Ness, Martina (Amt Altdöbern, Stadt Drebkau, Stadt Großräschen, Stadt Senftenberg)

Günther, Thomas (Hennigsdorf, Oberkrämer, Kremen und das Löwenberger Land)

Hackenschmidt, Barbara (Städte Falkenberg/Elster, Finsterwalde, Herzberg (Elster), Ämter Kleine Elster (Niederlausitz) und Schlieben, Städte Schönewalde, Sonnewalde, Uebigau-Wahrenbrück)

Heppener, Sieglinde (Prof. Dr.) (Amt Dahme/Mark, Städte Jüterbog und Luckenwalde, Gemeinden Niederer Fläming und Niedergörsdorf)

Holzschuher, Ralf (von der Stadt Brandenburg an der Havel die Stadt- oder Ortsteile Altstadt, Dom, Hohenstücken, Kirchmöser, Neustadt und Nord sowie Gollwitz und Wust)

Kircheis, Kerstin (Cottbus)

Kosanke, Sören (Teltow, Kleinmachnow,

Stahnsdorf sowie Nuthetal)

Kuhnert, Andreas (Amt Beetzsee, Gemeinden Groß Kreutz (Havel) und Kloster Lehnin, Ämter Wusterwitz und Ziesar, von der Stadt Brandenburg an der Havel die Stadtteile Görden und Plaue)

Lehmann, Sylvia (Amt Golßener Land, Gemeinden Heideblick und Heidesee, Amt Lieberose/Oberspreewald, Städte Lübben (Spreewald) und Luckau, Gemeinde Märkische Heide, Ämter Schenkenländchen und Unterspreewald)

Lieske, Jutta (Städte Altlandsberg, Bad Freienwalde (Oder) – mit dem neuen Ortsteil Hohensaaten – und Wriezen sowie die Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf und die Ämter Barnim-Oderbruch und Falkenberg-Höhe aus dem Landkreis Märkisch-Oderland)

Melior, Susanne (Michendorf, Schwielowsee, Werder (Havel) und Potsdam)

Muhß, Ina (Altkreise Wittstock, Pritzwalk und Kyritz)

Münch, Martina (Dr.) (Cottbus)

Ness, Klaus (Stadt Königs Wusterhausen, Amt Scharmützelsee, Amt Spreenhagen, Stadt Storkow (Mark), Gemeinde Tauche)

Platzeck, Matthias (Stadt Angermünde, Ämter Brüssow (Uckermark), Gerswalde und Gramzow, Gemeinde Nordwestuckermark, Stadt Prenzlau, Gemeinde Uckerland))

Richter, Manfred (Gemeinde Fehrbellin, Amt Lindow (Mark), Städte Neuruppin und Rheinsberg, Amt Temnitz)

Rupprecht, Holger (Städte Wittenberge und Perleberg, Ämter Lenzen-Elbtalaue und Bad Wilsnack/Weisen, Gemeinden Karstädt, Plattenburg und Gumtow)

Schippel, Werner-Siegwart (Städte Lüb-

benau/Spreewald, Vetschau/Spreewald und Calau, Amt Burg (Spreewald), Großgemeinde Kolkwitz)

Speer, Rainer (Gemeinde Dallgow-Döberitz, Falkensee, Schönwalde-Glien)

Stark, Britta (Stadt Bernau, Gem. Panketal)

Woidke, Dietmar (Dr.) (Städte Guben und Forst (Lausitz) und Amt Peitz, Gemeinde Schenkendöbern)

Ziel, Alwin (Hohen Neuendorf, Birkenwerder, Mühlenbecker Land, Glienicke und Velten)

DIE LINKE

Bernig, Andreas (Dr.) (Gemeinden Michendorf und Schwielowsee, Stadt Werder (Havel) von der Landeshauptstadt Potsdam die Orts- oder Stadtteile Fahrland, Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn und Uetz-Paaren)

Böhnisch, Helga (Amt Brieskow-Finkenheerd, Städte Eisenhüttenstadt und Friedland, Ämter Neuzelle und Schlaubetal)

Büchel, Marco (Städte Altlandsberg und Bad Freienwalde (Oder) ohne den Ortsteil Hohensaaten, Ämter Barnim-Oderbruch und Falkenberg-Höhe, Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf, Stadt Wriezen)

Domres, Thomas (Amt Bad Wilsnack/Weisen, Gemeinden Gumtow und Karstädt, Amt Lenzen-Elbtalau, Stadt Perleberg und Wittenberge, Gemeinde Plattenburg)

Fortunato, Bettina (Ämter Golzow und Lebus, Gemeinde Letschin, Amt Märkische Schweiz, Stadt Müncheberg, Amt Neuhausen-Seelow, Amt Seelow-Land)

Görke, Christian (Gemeinde Milower Land, Amt Neustadt (Dosse), Städte Premnitz und Rathenow, Amt Rhinow, Gemeinde Wusterhausen/Dosse)

Groß, Dieter (Gemeinden Groß Pankow (Prignitz) und Heiligengrabe, Stadt Kyritz, Amt Meyenburg, Stadt Pritzwalk, Amt Putlitz-Berge, Stadt Wittstock/Dosse)

Große, Gerrit (Gemeinde Leegebruch, Städte Liebenwalde und Oranienburg)

Henschke, Axel (Stadt Frankfurt/Oder)

Jürgens, Peer (Städte Beeskow, Fürstenwalde/Spree, Gemeinden Grünheide (Mark), Rietz-Neuendorf und Steinhöfel, Amt Odervorland)

Kaiser, Kerstin (Gem. Petershagen/Eggersdorf und Rüdersdorf bei Berlin, Stadt Strausberg)

Krause, Torsten (Gemeinde Boitzenburger Land, Stadt Fürstenberg/Havel, Amt Gransee und Gemeinden, Städte Lychen, Templin, Zehdenick)

Ludwig, Stefan

Luthardt, Michael Egidius (Dr.) (Gem. Ahrensfelde, Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg, Gem. Wandlitz, Stadt Werneuchen v.d. amtsfreien Gemeinde Bad Freienwalde (Oder) der Ortsteil Hohensaaten)

Mächtig, Margitta (Stadt Eberswalde, Amt Joachimsthal (Schorfheide), Gem. Schorfheide)

Maresch, Jürgen (Cottbus)

Scharfenberg, Hans-Jürgen (Dr.) (Potsdam)
Steinmetzer-Mann, Carolin (Städte Falkenberg/Elster, Finsterwalde, Herzberg (Elster), Ämter Kleine Elster (Niederlausitz) und Schlieben, Städte Schönwalde, Sonnenwalde, Uebigau-Wahrenbrück))

Stobrawa, Gerlinde (Stadt Königs Wusterhausen, Ämter Scharmützelsee und Spreenhagen, Stadt Storkow (Mark), Gemeinde Tauche)

Tack, Anita (Potsdam)

Wehlan, Kornelia (Amt Dahme/Mark, Städte Jüterbog und Luckenwalde, Gemeinden Niederer Fläming und Niedergörsdorf)

Wolff-Molorciuc, Irene (Stadt Angermünde, Ämter Brüssow (Uckermark), Gerswalde und Gramzow, Gemeinde Nordwestuckermark, Stadt Prenzlau, Gemeinde Uckerland))

Wöllert, Birgit (Amt Döbern-Land, Gemeinde Neuhausen/Spree, Städte Spremberg und Welzow)

FRAKTIONSLOS

Hoffmann, Rüdiger Gerd (Dr.) (Amt Altdöbern, Städte Drebkau, Großräschen und Senftenberg)

FDP

Büttner, Andreas (Stadt Angermünde, Ämter Brüssow (Uckermark), Gerswalde und Gramzow, Gemeinde Nordwestuckermark, Stadt Prenzlau, Gemeinde Uckerland))

Richter, Manfred (Gemeinde Fehrbellin, Amt Lindow (Mark), Stadt Neuruppin, Stadt Rheinsberg, Amt Temnitz))

Goetz, Hans-Peter (Gemeinden Kleinmach-

now, Nuthetal und Stahnsdorf, Stadt Teltow)

Lipsdorf, Jens (Cottbus)

Teuteberg, Linda (Potsdam)

Tomczak, Raimund (Stadt Königs Wusterhausen, Amt Scharmützelsee, Amt Spreenhagen, Stadt Storkow (Mark), Gemeinde Tauche)

Vogdt, Marion (Gemeinden Michendorf und Schwielowsee, Stadt Werder (Havel), von der Landeshauptstadt Potsdam die Orts- oder Stadtteile Fahrland, Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn und Uetz-Paaren)

Sie enthielten sich bei der Abstimmung:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Halem von, Marie Luise (Potsdam)

Jungclaus, Michael (Stadt Erkner, Gemeinden Hoppegarten, Neuenhagen bei Berlin, Schöneiche bei Berlin und Woltersdorf)

Nonnemacher, Ursula (Gemeinde Dallgow-Döberitz, Stadt Falkensee, Gemeinde Schönwalde-Glien)

Vogel, Axel (Gemeinde Ahrensfelde, Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg, Gemeinde Wandlitz, Stadt Werneuchen, von der amtsfreien Gemeinde Bad Freienwalde (Oder) der Ortsteil Hohensaaten)

Sie waren nicht anwesend:

Beyer, Gregor, FDP (Stadt Eberswalde, Amt Joachimsthal (Schorfheide) und Gemeinde Schorfheide)

Christoffers, Ralf DIE LINKE (Stadt Bernau bei Berlin, Gemeinde Panketal)

Dellmann, Reinhold SPD (Gemeinden Ahrensfelde, Wandlitz, die Stadt Werneuchen und die Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg sowie der neue Ortsteil Hohensaaten der amtsfreien Gemeinde Bad Freienwalde (Oder))

Geywitz, Klara SPD (Potsdam)

Meier, Kerstin DIE LINKE

Muß, Ina SPD (Stadt Kyritz, Stadt Pritzwalk, Stadt Wittstock, Gemeinde, Groß Pankow (Prignitz), Gemeinde Heiligengrabe, Amt Meyenburg, Amt Putlitz-Berge)

Niels, Sabine BÜNDNIS 90/GRÜNE (Städte Beeskow und Fürstenwalde/Spree, Gemeinde Grünheide (Mark), Amt Odervorland, Gemeinden Rietz-Neuendorf und Steinhöfel)

Schulze, Christoph SPD (Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Zossen, Baruth/Mark)

FACHGESPRÄCH ZU MÖGLICHKEITEN UND HÜRDEN DER RESOZIALISIERUNG

Zu einem Fachgespräch über Möglichkeiten und Hürden der Resozialisierung von Strafgefangenen in Brandenburg hatte kürzlich unsere CDU-Landtagsfraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis90/GRÜNE sowie der FDP eingeladen. Vertreter von Justizbehörden, Brandenburger Justizvollzugsanstalten, sowie sozialen Einrichtungen und Psychologen loteten gemeinsam mit unserem Rechtspolitischen Sprecher Danny Eichelbaum Hindernisse aus, die einer effektiven und nachhaltigen Arbeit im Strafvollzug im Wege stehen. So erschwerten die Datenschutzvorschriften den Austausch von Daten zwischen den Behörden, die zur Einschätzung und Einstufung des Täters notwendig seien. Von besonderer Bedeutung sei dieser Umstand in Kurzstrafanstalten. Hier sind Täter mit einer maximalen Haftstrafe von zwei Jahren untergebracht. Fragen zum offenen

Vollzug und Therapiemöglichkeiten der Resozialisierung müssten bei diesen Strafgefangenen zügig geklärt werden. „Das ist jedoch aufgrund fehlender Kooperation zwischen den Behörden nur schwer möglich“, kritisierte Eichelbaum. Auch Vertreter von Justizvollzugsanstalten und Psychologen beklagten eine fehlende Verzahnung der Ämter in Brandenburg. Weiterhin fehle eine Kooperation der einzelnen Bundesländer auf dem Gebiet des Strafvollzugs und der Resozialisierung von Strafgefangenen. Alle Diskussionsteilnehmer forderten deshalb einheitliche Standards für den Bereich der Datenvernetzung und des Datenaustausches. Ebenfalls müssten einheitliche Vorschriften zur Ausbildung des im Strafvollzug tätigen Personals sowie Psychologen und Sozialarbeiter, Standards im Therapieangebot und der Behandlungsdauer gelten. „Die Möglichkeiten und Maßnahmen

des Strafvollzugs sowie der Resozialisierung von Strafgefangenen müssen für alle Beteiligten klar erkennbar und festgeschrieben sein. Dazu gehört auch, mit welchen finanziellen Mitteln die Institutionen ausgestattet sind“, fasste Eichelbaum zusammen. Fraglich ist nun, ob derartige Standards in das Brandenburger Strafvollzugsgesetz aufgenommen werden sollen oder ein neues Resozialisierungsgesetz erarbeitet werden soll.

Laut Eichelbaum wollen die Oppositionsfraktionen im Brandenburger Landtag das Thema Anfang 2011 mit einer Podiumsdiskussion erneut auf die Tagesordnung bringen und mit den betroffenen Institutionen in Brandenburg beraten. Man könne sich für das weitere Vorgehen einen Antrag im Parlament oder die Erstellung eines Gesetzesentwurfs vorstellen, hieß es am Ende der Beratung. cs



Unser Rechtspolitischer Sprecher Danny Eichelbaum hatte gemeinsam mit Kolleginnen aus den beiden anderen Oppositionsfraktionen im Landtag Brandenburg zu einem Fachgespräch über Möglichkeiten und Hürden der Resozialisierung von Strafgefangenen in Brandenburg eingeladen.

ÜBER MUNITIONSBELASTUNG IN KYRITZ-RUPPNER-HEIDE INFOMRIERT

Während ihres gemeinsamen Besuches der Kyritz-Ruppiner-Heide machten sich unser Wirtschaftspolitischer Sprecher Dierk Homeyer und der CDU-Bundestagesabgeordnete Jens Koeppen ein Bild von den enormen Munitionsbelastungen der Heide. Beide betonten gegenüber anwesenden Mitgliedern der Bundeswehr und dem Wittstocker Bürgermeister Jörg Gehrman, dass ein kluges und vernünftiges Nachnutzungskonzept nur gelingen kann, wenn sich die Region insgesamt einig ist. „Nur mit einer starken gemeinsamen Stimme wird man auch beim Bund Gehör finden. Die Landesregierung muss dabei ihre Aufgabe als Vermittler und Unterstützer wahrnehmen und der Region helfen, wo sie es kann“, appellierte Homeyer. Er rief bei dieser Gelegenheit dazu auf, verbal abzurufen und somit der Heide eine wirkliche Chance für eine positive Entwicklung im Sinne der Region zu geben. cs



Dierk Homeyer (l.) und Jens Koeppen informierten sich zur Muntionsbelastung der Kyritz-Ruppiner-Heide.

KURZ NOTIERT

Öffnungszeiten Bürgerbüro CDU-Landtagsfraktion: Mo-Fr 9 - 16 Uhr

NEUESTE FORSCHUNGSERKENNTNISSE DES IMKERNS EINGEHOLT

Auf Einladung unserer Landtagsabgeordneten Anja Heinrich und Rainer Genilke besuchten kürzlich 50 Imker aus dem Landkreis Elbe-Elstser das Landesinstitut für Bienenkunde in Hohen Neuendorf.

Bienenzucht und Honiggewinnung seien eine komplexe, aufwendige und überaus achtenswerte Aufgabe, sagte Anja Heinrich.

Neben Leidenschaft und Zeit werde auch ein hohes Maß an Fachwissen benötigt, um Zuchterfolge erzielen zu können. Besonders die Gewinnung von Nachwuchsimkern sowie mangelnde Absprachen zwischen Imkern und Landwirten würden die Zukunft des Handwerks erschweren, berichteten die Exkursionsteilnehmer.

Informationen zur Zuchtoptimierung und der Ausblick auf Forschungsziele des Instituts in Hohen Neuendorf waren daher für die anwesenden Imker aus dem Elbe-Elster-Kreis von großem Interesse. Ihr Handwerk kann auf eine

lange Tradition zurückblicken, denn bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurde Honig aus der Elbe-Ester-Region an den Sächsischen König geliefert. cs



Probieren geht über Studieren! Anja Heinrich und Rainer Genilke luden Imker aus Elbe-Elster in das Landesinstitut für Bienenkunde ein und machten den Qualitätstest.

BRANDENBURGER VERFASSUNGSRICHTER BERICHTET ÜBER ARBEIT

Über seine Arbeit und persönlichen Erfahrungen als Richter am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg berichtete Prof. Michael Dawin kürzlich den Abgeordneten in ihrer wöchentlich Fraktionssitzung.

Gut qualifiziertes Personal nannte Michael Dawin als die wichtigste Voraussetzung für eine effektive und fachkompetente Arbeit des Landesverfassungsgerichts. cs



Prof. Michael Darwin berichtete den CDU-Abgeordneten über seine Arbeit als Verfassungsrichter. Fraktionsvorsitzende Dr. Saskia Ludwig dankte ihm für seinen Besuch.



WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

In unserer Bürgerlounge sind wir montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr für Sie da, individuelle Terminvereinbarungen sind möglich. Vertrauensvoll und kompetent nehmen unsere Mitarbeiter Ihr Anliegen entgegen und beantworten Ihnen gern Ihre Fragen rund um die CDU-Fraktion und Fachthemen im Landtag Brandenburg.

Weiterhin sind wir Ihnen bei konkreten Gesprächswünschen mit unseren Abgeordneten sowie der Kontaktaufnahme mit den Bürgerbüros in den Wahlkreisen behilflich.

Bürgerbüro

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 14 50
Fax: 0331 / 966 14 07
pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Redaktion INFOTICKER
CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Pressestelle
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

V.i.S.d.P.: Patrick Schweitzer
Layout: Fraktion
Fotos: Fraktion, Titel: CDU, www.pixelio.de
(Seite 4: großes Bild Alexandra H., kl. Bild:
Dieter Schütz)